

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Institut für Konjunkturforschung

WOCHEN BERICHT

35. Jahrgang

Berlin, den 1. August 1968

Nummer 31

Aspekte der Sozialeinkommensentwicklung in der Bundesrepublik

Die öffentlichen Einkommensübertragungen an private Haushalte (Sozialeinkommen) sind von 1960 bis 1967 um 90 vH auf 69,6 Mrd. DM gestiegen. 1968 wird ihr Umfang mit 72,9 Mrd. DM beinahe doppelt so groß sein wie 1960.

Der Anteil der Kriegsfolgeleistungen (Kriegsopferversorgung, Lastenausgleich, Wiedergutmachung usw.) geht dabei immer stärker zurück; die Einkommensübertragungen im Rahmen der Alters- und Invalidenversorgung nehmen hingegen ständig zu. Im Jahre 1967 entfielen nur noch 10,8 vH der Sozialeinkommen auf Kriegsfolgeleistungen (1950: 26,3 vH), während sich der Anteil der Pensionen und Sozialversicherungsrenten von 50,9 (1950) auf 70,2 vH (1967) erhöhte. Zurückzuführen ist dieser Anstieg sowohl auf Leistungsverbesserungen als auch auf die zunehmende Zahl von Altersrentnern. Einer durch Kriegsfolgen dezimierten Erwerbsbevölkerung steht ein wachsender Anteil der Bevölkerung im Rentenalter gegenüber: Im Jahre 1967 waren 12,5 vH der westdeutschen Bevölkerung 65 Jahre und älter, gegenüber 9,4 vH im Jahre 1950. Im gleichen Zeitraum ist die Zahl der Empfänger von Sozialeinkommen um fast 70 vH gestiegen, während sich die Zahl der Erwerbspersonen nur um 23 vH erhöht hat. Standen 1950 noch 4 Erwerbspersonen einem Sozialeinkommensbezieher¹ gegenüber, so beträgt dieses Verhältnis heute nur 3 : 1.

Gemessen an der Summe aller Nettoeinkommen (Nettosozialprodukt zu Marktpreisen) hat sich der Anteil der Sozialeinkommen dennoch nur unwesent-

lich erhöht: Von 1950 bis 1964 lag er im allgemeinen unter 14 vH²; erst seit 1965 und 1966 zeigt er eine leicht steigende Tendenz. Im Rezessionsjahr 1967 allerdings stieg er sprunghaft von 14,7 auf 16,2 vH: Während die Nettoarbeitseinkommen stagnierten, erhöhten sich die Sozialeinkommen um 10,3 vH von 63,1 auf 69,6 Mrd. DM.

Konjunkturelle Aspekte öffentlicher Einkommensübertragungen

Die öffentlichen Einkommensübertragungen haben somit entscheidend dazu beigetragen, daß sich der Nachfrageausfall der privaten Haushalte in der konjunkturellen Abschwächung von 1967 in Grenzen hielt. Zu einem Teil sind diese antizyklischen Effekte Folge des in der Arbeitslosenunterstützung begründeten „built-in stabilizer“ gewesen, dessen Einfluß durch zusätzliche Leistungserhöhungen (ab 1. 4. 1967) noch verstärkt worden ist. Überwiegend beruhen die antizyklischen Wirkungen jedoch auf dem — unter sozialpolitischem Aspekt so oft beklagten — time lag von vier Jahren in der Anpassung der Renten an die Einkommensentwicklung der Arbeitnehmer. Angesichts der allgemeinen Einkommensstagnation hat die an der Lohnexpansion früherer Jahre orientierte Erhöhung der Renten nicht nur den Abstand zwischen Arbeits- und Sozial-

¹ Personen, die nicht erwerbstätig sind und ihren Lebensunterhalt überwiegend aus Sozialleistungen, Pensionen und ähnlichen Übertragungen bestreiten (ohne Arbeitslose, Privatrentner, Altenteiler usw.).

² Nur 1958 erhöhte sich der Anteil der Sozialeinkommen am Nettosozialprodukt zu Marktpreisen auf 14,9 vH, zurückzuführen auf das überdurchschnittlich starke Anwachsen der Rentenausgaben als Folge der Rentenreform.

Die öffentlichen Einkommensübertragungen an private Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland¹⁾ seit 1950

Leistungsart	1950	1955	1960	1965	1966 ²⁾	1967 ³⁾	1968 ³⁾	1950	1955	1960	1965	1966 ²⁾	1967 ³⁾	1968 ³⁾
	in Mrd. DM							in vH						
Pensionen und Sozialversicherungsrenten	6,01	11,55	24,62	39,64	44,00	48,88	52,30	50,9	57,2	67,1	68,7	69,7	70,2	71,8
Beamtenpensionen ²⁾	2,12	3,99	5,89	9,39	10,24	10,99	11,50	17,9	19,8	16,0	16,3	16,2	15,8	15,8
Renten der Rentenversicherungen ³⁾	3,35	6,68	17,09	26,89	29,95	33,63	36,20	28,4	33,1	46,6	46,6	47,5	48,3	49,7
Sonstige Sozialversicherungen ⁴⁾	0,54	0,88	1,64	3,36	3,81	4,26	4,60	4,6	4,3	4,5	5,8	6,0	6,1	6,3
Kriegsfolgeleistungen	3,10	4,83	5,69	7,02	7,00	7,50	7,30	26,3	23,9	15,5	12,2	11,1	10,8	10,0
Kriegsopferversorgung	1,85	2,70	3,52	4,77	4,81	5,40	5,20	15,7	13,4	9,6	8,3	7,6	7,8	7,1
Sonstige Kriegsfolgeleistungen ⁵⁾	1,25	2,13	2,17	2,25	2,19	2,10	2,10	10,6	10,5	5,9	3,9	3,5	3,0	2,9
Geldleistungen der Krankenversicherung	0,59	1,15	3,09	4,06	4,50	4,30	4,50	5,0	5,7	8,4	7,0	7,1	6,2	6,2
Geldleistungen der Arbeitslosenversicherung . .	0,57	0,73	0,57	0,86	0,72	1,98	1,80	4,8	3,6	1,6	1,5	1,2	2,8	2,5
Sozialhilfe und Arbeitslosenfürsorge	1,33	1,00	0,82	1,27	1,46	1,68	1,70	11,3	4,9	2,2	2,2	2,3	2,4	2,3
Kindergeld ⁶⁾	—	0,42	0,89	2,76	2,93	2,65	2,50	—	2,1	2,4	4,8	4,7	3,8	3,4
Sonstige Einkommensübertragungen ⁷⁾	0,20	0,52	1,02	2,09	2,49	2,61	2,80	1,7	2,6	2,8	3,6	3,9	3,8	3,8
Sozialeinkommen ⁸⁾ , insgesamt	11,80	20,20	36,70	57,70	63,10	69,60	72,90	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

¹⁾ Seit 1960 einschl. Saarland und Berlin (West). — ²⁾ Nettopensionen einschl. der Bezüge nach Art. 131 GG. — ³⁾ Renten und andere Barleistungen der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten sowie der knappschaftlichen Rentenversicherung. — ⁴⁾ Unfallversicherung, landwirtschaftliche Altershilfe, Zusatzversicherung für den öffentlichen Dienst. — ⁵⁾ Lastenausgleich, Wiedergutmachung, Kriegsgefangenen-Erschädigung. — ⁶⁾ 1965 bis 30. 6. 1967 einschl. Ausbildungszulagen. — ⁷⁾ Mutterschutz-Barleistungen, Hilfsmaßnahmen für den Bergbau, Mietbeihilfen, Zuschüsse an private Organisationen ohne Erwerbscharakter. — ⁸⁾ Vorläufige Zahlen. — ⁹⁾ Ohne Vermögensübertragungen und betriebliche Übertragungen.
Quellen: Deutsche Bundesbank und Berechnungen des DIW.

einkommen vermindert; das Wachstum der Renten von 12,3 vH im Jahre 1967 stützte überdies die private Nachfrage erheblich. An die Bedeutung der Sozialversicherungsrenten unter konjunkturellem Aspekt ist damit nachdrücklich erinnert worden.

Neben den Renten der gesetzlichen Rentenversicherung, die fast die Hälfte der Sozialeinkommen ausmachen, werden auch die Beamtenpensionen sowie die Renten der Unfallversicherung an die wachsenden Arbeitnehmereinkommen angepaßt. Allerdings wirkt sich die wirtschaftliche Entwicklung im Zeitverlauf unterschiedlich aus: Die Beamtenpensionen folgen mit geringer zeitlicher Verzögerung den veränderten Dienstbezügen der Beamten, die Unfallrenten dagegen der allgemeinen Lohnentwicklung mit zweijährlichem Abstand. Antizyklische Wirkungen sind 1967 allerdings nur von den Unfallrenten ausgegangen; die Zuwachsrate der Beamtenpensionen hat sich in diesem Jahr stark abgeschwächt.

Die Kriegsfolgeleistungen sind dagegen trotz längerfristig rückläufiger Tendenz im Rezessionsjahr „konjunkturgerecht“ gewachsen (+ 12,3 vH). Ursache war die vom Gesetzgeber mit dem 3. Neuordnungsgesetz beschlossene Erhöhung der Kriegsopferrenten. Demgegenüber ist die Verminderung der Einkommensübertragungen im Rahmen des Kindergeldes auf die angespannte Finanzlage zu-

rückzuführen gewesen. Die erst seit 1965 eingeführten Ausbildungsbeihilfen, die einen Betrag von 300 Millionen DM jährlich erforderten, wurden nämlich Mitte 1967 wieder abgeschafft.

Von der konjunkturellen Abschwächung erheblich beeinflußt wurden die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung. Ihre Geldleistungen, speziell das Kranken- und Hausgeld, sind entscheidend von der Höhe des Krankenstandes abhängig, der sich 1967 stark verringerte. Unter dem Druck der labilen Arbeitsmarktlage nahm die Zahl der Krankmeldungen bei den Arbeitern um 12,7 vH ab³. Dadurch gingen die Geldleistungen der gesetzlichen Krankenversicherung zurück (— 4,4 vH). In den beiden Jahren zuvor waren ihre Ausgaben noch steil gestiegen.

Ihre starke Konjunkturabhängigkeit zeigten erneut die Geldleistungen der Arbeitslosenversicherung und -fürsorge. Nachdem in den Vorjahren ihre Leistungen trotz steigender Durchschnittsaufwendungen erheblich zurückgegangen waren, schnellten sie 1967 sowohl wegen der auf 460 000 (Jahresdurchschnitt) gestiegenen Zahl von Arbeitslosen (1966: 165 000) und der erheblichen Zunahme der Kurzarbeit als auch infolge von Leistungsverbesserungen in die Höhe. Im Jahre 1967 wurden von der Arbeits-

³⁾ Pflichtversicherte mit sofortigem Anspruch auf Barleistungen.

Sozialeinkommen und allgemeine Einkommensentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland¹⁾

Schätzung

	1950	1955	1960	1965	1966	1967	1950	1955	1960	1965	1966	1967
	in Mrd. DM						in vH					
Nettolöhne und -gehälter	34,8	63,4	104,6	168,2	178,3	177,5	53,1	55,9	56,0	57,3	57,2	55,7
Öffentliche Einkommensübertragungen an private Haushalte	11,8	20,2	36,7	57,7	63,1	69,6	18,0	17,8	19,6	19,7	20,2	21,8
darunter an												
Sozialeinkommensbezieher ²⁾	7,0	12,6	25,5	40,4	44,9	49,7	10,7	11,1	13,5	13,8	14,4	15,6
Arbeitnehmer ³⁾	4,2	6,5	9,3	14,1	14,8	16,3	6,4	5,7	5,1	4,8	4,7	5,1
Masseneinkommen	46,6	83,6	141,3	225,9	241,4	247,1	71,1	73,7	75,6	77,0	77,4	77,5
Sonstige Einkommen ⁴⁾	18,9	29,9	45,5	67,4	70,4	71,6	28,9	26,3	24,4	23,0	22,6	22,5
Verfügbare Einkommen	65,5	113,5	186,8	293,3	311,8	318,7	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Nettosozialprodukt zu Marktpreisen	87,8	165,6	270,6	405,6	428,5	428,4						
	in DM						1960 = 100					
Nettoeinkommen (Nettolöhne und -gehälter einschl. empfangener Einkommensübertra- gungen) je Arbeitnehmer	2 580	3 980	5 550	8 370	8 865	9 085	46,5	71,7	100	150,8	159,7	163,7
Von den Sozialeinkommensbeziehern empfangene Übertragungen je Bezieher . . .	1 375	2 260	3 565	5 015	5 320	5 680	38,6	63,4	100	140,7	149,2	159,3
Verfügbares Einkommen (ohne Übertragungen an Sozialeinkommensbezieher) je Erwerbsperson	2 715	4 255	6 080	9 270	9 860	10 155	44,7	70,0	100	152,5	162,2	167,0
Nettosozialprodukt zu Marktpreisen je Erwerbsperson	4 070	6 980	10 205	14 870	15 830	16 170	39,9	68,4	100	145,7	155,1	158,5

¹⁾ Seit 1960 einschl. Saarland und Berlin (West). — ²⁾ Personen, die nicht erwerbstätig sind und überwiegend von Sozialleistungen, Pensionen oder dgl. leben (ohne Arbeitslose und andere zeitweilig nicht Arbeitende). — ³⁾ Einschl. arbeitslose Arbeitnehmer. — ⁴⁾ Verteilte bzw. entnommene Gewinne einschl. der Gewinn- und Vermögenseinkommen von Arbeitnehmern und Sozialeinkommensbeziehern, betrieblichen Übertragungen, Vermögensübertragungen, Saldo der Übertragungen an das Ausland.

losenversicherung rund 1,3 Mrd. DM mehr ausgezahlt als im Jahr zuvor.

Insgesamt sind die Sozialeinkommen im Rezessionsjahr 1967 — zum Teil gerade als Folge dieser Rezession — mit + 10,3 vH stärker gestiegen als im Vorjahr (+ 9,4 vH); sie haben damit einen konjunkturpolitisch erwünschten Nachfrageeffekt erzielt. Im Jahre 1968 wird mit einem wesentlich geringeren Anstieg der Sozialeinkommen zu rechnen sein (4,7 vH), nicht zuletzt wegen der sich fortsetzenden konjunkturellen Belebung. Zwar werden die Sozialversicherungsrenten mit + 8 vH nochmals kräftig steigen — jedoch durch die restringierenden Maßnahmen des Finanzänderungsgesetzes schon deutlich abgeschwächt (1967: + 12 vH). Nur schwach zunehmen werden bis 1969 die Beamtenpensionen. Dagegen werden mit der Vollbeschäftigung die Ausgaben der Krankenversicherung sicherlich expandieren. Am stärksten wird die Arbeitslosenversicherung durch die gesamtwirtschaftliche Belebung entlastet: Trotz der negativen Einflüsse einer hohen saisonalen Arbeitslosigkeit im Frühjahr dieses Jahres — vor allem im Baugewerbe — werden die Ausgaben der Arbeitslosenunterstützung voraussichtlich bereits in diesem Jahr um etwa 10 vH zurückgehen.

Zur Verteilung der Sozialeinkommen

Das starke Anwachsen der Sozialeinkommen bei allgemeiner Stagnation der Arbeitseinkommen im vergangenen Jahr hat — vor allem vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden ungünstigen finanziellen Entwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung⁴ — erneut Stimmen laut werden lassen, die von einer Begünstigung der Sozialeinkommensbezieher sprechen. Wirklichkeitsnahe Aussagen über den Einkommensstatus der Sozialeinkommensbezieher im Vergleich zu den Erwerbspersonen sind jedoch nur möglich bei Kenntnis der Verteilung der Sozialeinkommen auf die verschiedenen sozioökonomischen Gruppen der Bevölkerung. Das DIW hat deshalb versucht, diese Verteilung mit Hilfe zahlreicher statistischer Unterlagen der Sozialleistungsträger, des Statistischen Bundesamts, der Bundesbank usw. und unter Berücksichtigung der sozialrechtlichen Bestimmungen erneut zu ermitteln⁵.

Das Ergebnis dieser Berechnung zeigt, daß nach wie vor etwa ein Viertel aller Sozialeinkommen den Einkünften der Arbeitnehmer zuzurechnen ist.

⁴ Vgl. Wochenbericht des DIW Nr. 35/1967.

⁵ Vgl. Wochenbericht des DIW Nr. 44/1965.

Dieser Anteil ist in den letzten beiden Jahren zurückgegangen, vorwiegend deshalb, weil beschäftigte Rentner von der Arbeitslosigkeit relativ stärker betroffen waren. Wäre die Rentnerbeschäftigung unverändert geblieben, hätten z. B. die Leistungsverbesserungen in der Kriegsopferversorgung von 1967 — diese Leistungen fließen überwiegend Arbeitnehmern zu — bewirkt, daß sich der Anteil der öffentlichen Einkommensübertragungen an Arbeitnehmer erhöht hätte. Dies wird auch durch die Veränderungen der Durchschnittseinkommen bestätigt. Denn trotz der negativen Einflüsse, die 1966/67 von den geringeren Einkommen der arbeitslosen Arbeitnehmer auf die Nettoeinkommen der Arbeitnehmer insgesamt ausgingen, sind die durchschnittlichen Arbeitnehmereinkommen (einschließlich der empfangenen Übertragungen) selbst im Rezessionsjahr 1967 noch um 2,5 vH gewachsen; gegenüber 1960 betrug der Zuwachs 63,7 vH. Die Sozialeinkommensbezieher haben vor allem 1967 (+ 6,8 vH) aufholen können, lagen jedoch derzeit mit einem Zuwachs gegenüber 1960 von 59,3 vH noch hinter den Arbeitnehmereinkommen zurück.

Im Jahre 1967 betrug das Sozialeinkommen, gemessen am Einkommen des Arbeitnehmers, durchschnittlich 62,5 vH.

Die Anpassung der Renten ist zunächst weiterhin stark von den hohen Lohnzuwächsen vor der konjunkturellen Abschwächung bestimmt; bis 1969 wird der Vorsprung der durchschnittlichen Arbeitnehmereinkommen voraussichtlich völlig abgebaut sein. Doch die der Renten Anpassung innewohnende Dynamik wird ebenso zur Folge haben, daß die Sozialeinkommensbezieher von den mit zunehmender Konjunkturbelebung zu erwartenden Lohnsteigerungen erst später profitieren können: In den Jahren nach 1970 wird — bei kontinuierlicher Wirtschaftsentwicklung — die Lohnexpansion erneut über den Anpassungssätzen der Renten liegen und den Abstand zu den Sozialeinkommen wieder erweitern. Eine allgemeine „Bevorzugung“ der Rentner im Verhältnis zu den Arbeitnehmern ist somit allenfalls temporärer Natur. Für sich allein rechtfertigt sie deshalb keinesfalls ein Aussetzen der Renten Anpassungen oder gar eine Abkehr von der gegenwärtigen Rentenformel.

Die realen Brutto-Anlageinvestitionen der Verarbeitenden Industrie in der Bundesrepublik im Jahre 1967

Das Statistische Bundesamt hat im Rahmen der Umstellung seiner Zeitreihen auf das Basisjahr 1962 nun auch das industrielle Nettoproduktionsvolumen auf dieser Preisbasis veröffentlicht. Im folgenden legt das DIW die ersten Ergebnisse seiner Neuberechnung des Investitionsvolumens ebenfalls auf der Preisbasis 1962 vor. Eine Darstellung vergleichbarer Daten für frühere Jahre wird zusammen mit den Ergebnissen der Vermögensrechnung im Herbst veröffentlicht werden.

Zu Preisen von 1962 gerechnet betrugen die realen Brutto-Anlageinvestitionen in der Verarbeitenden Industrie der Bundesrepublik¹ im Jahre 1967 nur 17,8 Mrd. DM; sie lagen um 2,9 Mrd. DM unter dem Ergebnis des Vorjahres. Dieser Rückgang des Investitionsvolumens um 14 vH ist in der Nachkriegsentwicklung der Bundesrepublik ohne Beispiel und macht die Intensität der hinter uns liegenden Rezession deutlich. Bei rund einem Viertel der Verarbeitenden Industrie betrug der Rückgang des Investitionsvolumens zwischen 14 und 20 vH; ein weiteres Viertel reduzierte seine Investitionstätigkeit sogar um bis zu 40 vH.

Dabei sind die Branchen mit überproportionaler Einschränkung ihres realen Investitionsaufwandes sowohl im Grundstoffsektor (Steine und Erden, Eisen und Stahl, Gummi und Asbest) und im Investitionsgüter- (Stahlbau, Fahrzeugbau, Stahlverformung) als auch im Verbrauchsgüterbereich (Feinkeramik, Holzverarbeitung, Textil und Bekleidung) zu finden. Selbst Wachstumsindustrien, wie die Chemie oder die Kunststoffverarbeitung, haben 1967 ihre realen Investitionen gegenüber dem Vorjahr beträchtlich vermindert. Wo trotz der Rezession das Investitionsvolumen zugenommen hat, waren meist konjunkturunabhängige Sonderfaktoren bestimmend, so die Umstellung auf großdimensionierte Papiermaschinen im Zellstoffbereich oder auf verpackungs- und drucktechnische Neuerungen in der Papierverarbeitung und den Druckereien. In der Mineralölverarbeitung vollzieht sich der Kapazitätsausbau technologisch bedingt dagegen schon seit Jahren in unregelmäßigen Investitionsschüben.

¹ Die realen Investitionsdaten sind aus den Ergebnissen des Ifo-Investitionstestes errechnet, in denen die vom DIW für West-Berlin ermittelten industriellen Investitionen enthalten sind. Vgl. Ifo-Schnelldienst, Nr. 25/1968.

Während im Durchschnitt sowohl der Grundstoff- als auch der Investitionsgüter- und der Verbrauchsgüterindustrien das Investitionsvolumen 1967 um 15 vH eingeschränkt worden ist, haben im Nahrungs- und Genußmittelbereich, der von der Rezession schwächer getroffen wurde, die realen Anlageinvestitionen das Vorjahrsniveau nur um ein Geringes unterschritten. Der längerfristige Umschichtungsprozeß von handwerklicher zu industrieller Fertigung, der sich hier bei gleichzeitig zunehmender Verlagerung von „Küchenarbeiten“ in den Fabrikationsablauf seit Jahren vollzieht, hat auch 1967 in diesem Bereich stabilisierend auf die Investitionstätigkeit gewirkt.

Da sich die Drosselung des Anlagenausbaus im Jahre 1967 auf breiter Front vollzogen hat, ist ein grundlegender Wandel der Investitionsstruktur in der Verarbeitenden Industrie nicht eingetreten. Von

einzelnen Ausnahmen abgesehen (Industrie der Steine und Erden, Mineralölverarbeitung) folgte die Entwicklung auch in diesem Jahr dem seit längerem beobachteten Trend eines steigenden Anteils der Investitionen im verbrauchsnahen Sektor (Nahrungs- und Genußmittelindustrie) bei gleichzeitig abnehmendem Gewicht der Investitionen im verbrauchsfernen Bereiche (Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie).

Es verdeutlicht die konjunkturelle Situation des Jahres 1967, daß im Durchschnitt der Verarbeitenden Industrie das Investitionsvolumen — infolge zunehmender Kapazitätsüberhänge — noch wesentlich stärker eingeschränkt worden ist, als sich Produktion und Beschäftigung vermindert haben.

Das Verhältnis von realem Anlageaufwand zu Nettoproduktionsvolumen (Investitionsquote), das

Reale Brutto-Anlageinvestitionen der Verarbeitenden Industrie in der Bundesrepublik Deutschland

Industriegruppen und -zweige	Mill. DM zu Preisen von 1962		Veränderung vH 1966/67	Struktur Verarb. Ind. — 100		in vH des Nettoproduktionsvolumens ¹⁾		DM je Beschäftigten zu Preisen von 1962	
	1966	1967		1966	1967	1966	1967	1966	1967
Verarbeitende Industrie	20 661	17 797	-13,9	100,0	100,0	10,9	9,6	2,599	2 384
Grundstoff- u. Produktionsgüter-Industrien	8 420	7 101	-15,7	40,8	39,9	14,3	11,8	4 756	4 252
Industrie der Steine und Erden	1 090	641	-41,2	5,3	3,6	13,3	8,2	4 218	2 736
Eisen- und Stahlindustrie	1 824	1 299	-28,8	8,8	7,3	14,1	10,0	3 341	2 564
Eisenschaffende Industrie	1 419	1 021	-28,0	6,9	5,7	15,9	11,0	4 095	3 119
Eisen-, Stahl- und Tempergießereien	237	139	-41,4	1,1	0,8	10,4	6,7	1 829	1 226
Ziehereien und Kaltwalzwerke	168	139	-17,3	0,8	0,8	9,6	8,1	2 409	2 108
NE-Metallindustrie	291	204	-30,2	1,4	1,5	11,8	10,9	2 536	2 411
Chemische Industrie	3 653	3 186	-12,8	17,7	17,9	16,6	13,3	6 729	5 927
Mineralölverarbeitung	726	965	+32,9	3,5	5,4	11,0	14,0	21 846	29 684
Gummi und Asbest verarbeitende Industrie	350	226	-35,4	1,7	1,3	13,1	9,4	2 835	2 079
Sägewerke und holzbearbeitende Industrie	187	156	-16,6	0,9	0,9	11,2	9,5	2 420	2 253
Zellstoff- und Papiererzeugung	299	364	+21,7	1,5	2,0	14,1	16,8	4 008	5 089
Investitionsgüterindustrien	6 785	5 766	-15,0	32,8	32,4	9,6	8,8	1 876	1 703
Stahlbau	236	167	-29,2	1,2	0,9	6,2	4,9	1 086	868
Maschinenbau	1 721	1 466	-14,8	8,3	8,2	8,3	7,6	1 569	1 409
Fahrzeugbau	2 083	1 672	-19,7	10,1	9,4	15,6	14,7	4 017	3 458
Schiffbau	109	102	-6,4	0,5	0,6	8,8	8,2	1 364	1 300
Luftfahrzeugbau	68	65	-4,4	0,3	0,4	15,8	10,2	2 214	1 995
Elektrotechnische Industrie	1 450	1 288	-11,2	7,0	7,2	8,2	7,5	1 503	1 441
Feinmechanische und optische Industrie	204	215	+ 5,4	1,0	1,2	8,2	9,0	1 321	1 428
ESBM-Industrie	914	791	-13,5	4,4	4,5	8,5	7,9	1 647	1 540
Stahlverformung	256	207	-19,1	1,2	1,2	9,9	9,1	1 818	1 631
EBM-Industrie	658	584	-11,2	3,2	3,3	8,0	7,5	1 589	1 510
Verbrauchsgüterindustrien	3 251	2 756	-15,2	15,7	15,5	9,0	8,0	1 594	1 449
Feinkeramische Industrie	134	87	-35,1	0,6	0,5	10,1	7,1	1 614	1 155
Glasindustrie	217	182	-16,1	1,1	1,0	10,8	9,6	2 340	2 063
Holzverarbeitende Industrie	362	285	-21,3	1,8	1,6	8,2	6,7	1 659	1 380
Musikinstrumenten- und Spielwaren-Industrie	68	78	+14,7	0,3	0,4	6,1	7,3	1 122	1 341
Papier und Pappe verarbeitende Industrie	278	292	+ 5,0	1,3	1,7	11,0	11,8	2 115	2 360
Druckerei- und Vervielfältigungs-Industrie	425	490	+15,3	2,1	2,8	8,9	10,3	1 970	2 313
Kunststoffverarbeitende Industrie	402	325	-19,2	1,9	1,8	13,5	10,3	3 141	2 608
Leder-Industrie	120	101	-15,8	0,6	0,6	5,2	4,8	726	659
Ledererzeugende Industrie	32	29	-9,4	0,2	0,2	8,0	8,3	1 191	1 188
Lederverarbeitende Industrie	21	17	-19,0	0,1	0,1	3,6	3,2	510	449
Schuhindustrie	67	55	-17,9	0,3	0,3	5,1	4,5	689	605
Textilindustrie	951	734	-22,8	4,6	4,1	10,3	8,6	1 766	1 498
Bekleidungsindustrie	294	182	-38,1	1,4	1,0	5,3	3,6	723	491
Nahrungs- und Genußmittel-Industrien	2 205	2 174	- 1,4	10,7	12,2	9,3	9,0	4 229	4 238
Möhlenindustrie	39	36	- 7,7	0,2	0,2	9,4	8,8	2 930	2 821
Ölmöhlen- und Margarine-Industrie	36	31	-13,9	0,2	0,2	7,1	6,0	2 123	1 865
Zuckerindustrie	88	93	+ 5,7	0,4	0,5	10,3	10,4	6 075	6 610
Brauereien und Mälzereien	733	771	+ 5,2	3,5	4,3	16,4	17,0	7 763	8 299
Sonstige Nahrungs- und Genußmittel-Industrien	1 309	1 243	- 5,0	6,4	7,0	7,5	7,0	3 424	3 353

¹⁾ Neuberechnung zu Preisen von 1962.

Quelle: Berechnung des DIW unter Verwendung der Ergebnisse des Ifo-Investitionstests.

in den meisten Industriezweigen um einen längerfristigen Durchschnittssatz schwankt, erreichte 1967 in zahlreichen Branchen wie im Mittel der Verarbeitenden Industrie den niedrigsten Stand seit 1958. Dabei waren die stärksten Rückgänge im Grundstoffbereich zu beobachten, wo die Investitionsquoten — mit Ausnahme der Mineralölverarbeitung und der Zellstoff- und Papiererzeugung — in fast allen Industriezweigen 1967 nochmals um ein Fünftel bis ein Drittel unter der bereits im Vorjahr erheblich verminderten Relation lagen. Gleichfalls, wenn auch weniger stark als im Grundstoffbereich, hatte sich die Investitionsquote in den Investitionsgüterzweigen selbst ermäßigt; im Verbrauchsgüterbereich hingegen standen relativ starken Einschränkungen des produktionsbezogenen Investitionsvolumens auch Steigerungen der Investitionsquote in einzelnen Zweigen gegenüber. Im Nahrungs- und Genußmittelsektor wurde indes der reale Anlagenaufwand je Produktionsvolumen nur wenig gedrosselt; in der Zuckerindustrie wie in den Brauereien und Mälzereien nahm die Investitionsquote sogar etwas zu.

Das Investitionsvolumen je Beschäftigten (Investitionsintensität) ist 1967 in fast allen Branchen zwar etwas weniger stark gefallen als die Investitionsquote. Dabei bleibt jedoch zu bedenken, daß dieser Relation infolge ständiger Substitutionsvorgänge eigentlich ein steigender Trend innewohnt. Dieser Trend war bereits 1966 zum Stillstand gekommen; im Jahre 1967 ist die reale Investitionsintensität im Durchschnitt der Verarbeitenden Industrie sogar um reichlich 8 vH gesunken. Lediglich in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie hat sich

das Investitionsvolumen je Beschäftigten kaum verändert. Im Grundstoffbereich betrug der Rückgang über 10 vH, im Investitions- wie im Verbrauchsgüterbereich lag er bei 9 vH. In den meisten Zweigen und insbesondere in den großen Industriebranchen (Industrie der Steine und Erden, Eisen- und Stahlindustrie, Maschinenbau, Fahrzeugbau, Elektrotechnik und Textilindustrie) war die reale Investitionsintensität 1967 zum Teil ganz erheblich niedriger als vor fünf Jahren.

Dieser Verfall der Investitionsneigung bezeichnet wie kaum ein anderer Indikator die Schärfe der jüngsten Rezession. Das Niveau der realen Brutto-Anlageinvestitionen in der Verarbeitenden Industrie war 1967 um 10 vH geringer als vor fünf Jahren, wobei die realen Investitionsaufwendungen von 18 Industriezweigen mit einem Gewicht von fast der Hälfte des industriellen Investitionsvolumens um 20 vH und mehr unter dem Niveau von 1962 geblieben sind, die Industrie der Steine und Erden sowie die Eisen- und Stahlindustrie sogar um fast die Hälfte.

Die konjunkturelle Erholung hat mit zunehmender Auslastung der Kapazitäten auch die Investitionsneigung der Industrie verbessert. Die verfügbaren Indikatoren deuten auf eine deutliche Investitionsbelebung hin; sie lassen für 1968 einen Anstieg der realen Brutto-Anlageinvestitionen der Verarbeitenden Industrie zwischen 5 und 8 vH erwarten. Aber selbst bei einer Beschleunigung bis zu 10 vH hätte das Investitionsvolumen der Verarbeitenden Industrie 1968 das Niveau der Jahre 1962 und 1966 noch nicht erreicht.